

Antrag

**der Abgeordneten Silke Seif, Dennis Gladiator, Birgit Stöver, Andreas Grutzeck,
Dr. Anke Frieling (CDU) und Fraktion**

Betr.: Kinderschutz in Hamburg für Krisenzeiten zukunftsfähig aufstellen

Die Corona-Pandemie hat die Notwendigkeit verdeutlicht, den Kinderschutz für Krisenzeiten zukunftsfähig aufzustellen. Die Pandemie zeigt, welche Kräfte auf Familien wirken können. Der Stress in den Familien ist aufgrund von Kita- und Schulschließung, Homeschooling, Homeoffice, finanziellen Sorgen und der fortwährenden Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen stark angestiegen. Hinzu kommt, dass die Lage für Kinder, die zu Hause physische, psychische oder sexualisierte Gewalt erleben, besonders gefährlich ist. Wenn Mädchen und Jungen nicht mehr in die Schule, in die Kita oder in den Sportverein gehen, können Verletzungen unentdeckt bleiben und dringend nötige Unterstützungsbedarfe von Betroffenen kaum auffallen. Die Betroffenen können sich der Gewalt oftmals nicht entziehen und bei anderen Menschen (unauffällig) Hilfe suchen.

Um das Hilfesystem zukunftsfähig aufzustellen, müssen ASD-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter mit Dienstlaptops und -Handys ausgestattet werden. Bereits in dem einstimmig gefassten Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Kinderschutz und Kinderrechte weiter stärken (...)“ (Drs. 21/16000), empfiehlt die Enquete-Kommission in der Empfehlung Nummer 55: „allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeiten moderner Kommunikation durch entsprechende technische Mittel (zum Beispiel Tablets, Laptops, Headsets, mehrere Bildschirme, Diensthandys) anzubieten, um einerseits die Möglichkeit von Telearbeit und mobilem Arbeiten zu etablieren, die Qualität der Arbeit (zum Beispiel Dokumentation) zu erhöhen, andererseits um Wege- und Wartezeiten sinnvoll nutzen zu können.“¹

Darüber hinaus muss für alle Beschäftigten ausreichend Schutzkleidung zur Verfügung gestellt werden, um Hausbesuche auch in Krisenzeiten verstärkt durchführen zu können.

Generell sollte das Telefon- und Online-Angebot für Kinder und Jugendliche nicht nur jetzt, sondern auch zukünftig deutlich ausgebaut und eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Bekanntmachung von Angeboten für Kinder und Jugendliche im Fernsehen, Radio und in Online-Medien – barrierefrei und in unterschiedlichen Sprachen – stattfinden.

Damit diese Angebote jedoch auch zukünftig vorgehalten werden können, müssen die entsprechenden Fachberatungsstellen vom Senat finanziell auskömmlich ausgestattet werden. Gleiches gilt für die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA), der im Bereich des Kinderschutzes ebenfalls eine wichtige Funktion zukommt. Daher muss aus Sicht

¹ „Kinderschutz und Kinderrechte weiter stärken (...)“, Drs. 21/16000, Empfehlung Nummer 55 (zu der Frage 15.2): „Die Enquete-Kommission empfiehlt, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeiten moderner Kommunikation durch entsprechende technische Mittel (zum Beispiel Tablets, Laptops, Headsets, mehrere Bildschirme, Diensthandys) anzubieten, um einerseits die Möglichkeit von Telearbeit und mobilem Arbeiten zu etablieren, die Qualität der Arbeit (zum Beispiel Dokumentation) zu erhöhen, andererseits um Wege- und Wartezeiten sinnvoll nutzen zu können.“ Seite 80.

der CDU-Fraktion auch die OKJA auskömmlich finanziell ausgestattet werden. Zumal die Corona-Pandemie die Notwendigkeit der Online-Beratung der Fachberatungsstellen und der OKJA unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen verdeutlicht. Hier bedarf es verstärkter Anstrengungen des Senats, die Fachberatungsstellen sowie die OKJA bei der Digitalisierung zu unterstützen.

Die Kita- und Schulschließung hat darüber hinaus verdeutlicht, dass es eines Konzeptes bedarf, wie einkommensschwachen Familien bei Bedarf ein Mittagessen zur Verfügung gestellt werden kann, wenn Kitas und Schulen geschlossen sind. Daher sollte der Senat ein grundlegendes Konzept für Krisenzeiten erarbeiten, welches die Bereitstellung einer warmen Mahlzeit für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien garantiert, dabei auch auf bestehende Initiativen zurückgreifen, die Schul-Caterer einbinden und bei Bedarf die Produktionsküchen der Schulen nutzen.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. ASD-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter mit Dienstlaptops und -Handys auszustatten, um Telearbeit und mobiles Arbeiten zu ermöglichen und somit einen Teil der Empfehlung Nummer 55 der Enquete-Kommission „Kinderschutz und Kinderrechte weiter stärken“ umzusetzen,
2. ausreichend Schutzkleidung für alle Beschäftigten im Kinderschutz bereitzustellen,
3. das Telefon- und Online-Angebot für Kinder und Jugendliche auszubauen,
4. eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Bekanntmachung von Angeboten für Kinder und Jugendliche im Fernsehen, Radio und in Online-Medien barrierefrei und in unterschiedlichen Sprachen durchzuführen,
5. Chat- und Rufnummern auf jeder Lernplattform der Schulen zu veröffentlichen, sie müssen auch in sozialen Medien kommuniziert werden,
6. die Fachberatungsstellen auskömmlich finanziell auszustatten und bei der Digitalisierung zu unterstützen, damit sie die Online-Beratung unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen ausbauen können,
7. die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) auskömmlich finanziell auszustatten und bei der Digitalisierung zu unterstützen, damit sie die Online-Beratung unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen ausbauen kann,
8. ein grundlegendes Konzept für die Mittagsversorgung in Krisenzeiten zu erarbeiten, welches die Bereitstellung einer warmen Mahlzeit für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien garantiert, dabei auch auf bestehende Initiativen zurückzugreifen, die Caterer einzubinden und Produktionsküchen der Schulen, wenn möglich, zu nutzen,
9. der Bürgerschaft zu berichten.